

Pressemitteilung vom 02.09.2016

## **BUND legt bei EU Beschwerde gegen Bundesverkehrswegeplan ein**

"Unsere Kreisgruppe freut sich, dass der BUND-Bundesverband bei der EU-Kommission Beschwerde gegen den Kabinettsbeschluss zum Bundesverkehrswegeplan (BVWP) eingelegt hat. Das Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland wird im Kern mit der Verletzung der Rechte des BUND im Rahmen der durchgeführten Öffentlichkeitsbeteiligung begründet." So Kreisgruppenvorsitzender Manfred Radtke.

Bei den rund 1.300 Straßenprojekten des BVWP sind die EU-Vorgaben zur Strategischen Umweltprüfung nicht angewendet und Alternativen nicht geprüft worden. Damit wurde der Zweck dieser Umweltprüfung - die Untersuchung umweltfreundlicher Alternativen bereits auf der den einzelnen Projektgenehmigungen vorgelagerten Planungsebene - vollständig verfehlt. Eine transparente Beteiligung der Öffentlichkeit war offenbar nicht gewünscht. Das Bundesverkehrsministerium hat nur unfertige, intransparente Unterlagen über Auswirkungen der Verkehrsnetze bereitgestellt und politisch gewollte Verkehrsprojekte schöngerechnet. Das gilt nach Auffassung des BUND auch für die Küstenautobahn A 20.

Der BUND stützt sich in seiner EU-Beschwerde auf die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs, die eine umfassende Alternativenprüfung vorschreibt und hohe Standards vor allem dann verlange, wenn die besonders geschützten NATURA-2000-Gebiete betroffen seien. Auch der zum BVWP gehörende Umweltbericht sei mangelhaft, weil vom Gesetz geforderte Maßnahmen fehlten, mit denen erhebliche Umweltauswirkungen vermieden, vermindert oder ausgeglichen werden könnten. Außerdem lägen weder für Schienen- noch für Straßenbauvorhaben vollständige Netzplanungen vor. Werden alle vom Kabinett beschlossenen Straßenprojekte realisiert, führt dies zu höheren CO<sub>2</sub>-Emissionen und in Ballungsräumen zur fortgesetzten Überschreitung der EU-Grenzwerte für Stickstoffdioxid und Feinstaub.

Radtke: "Der BUND hatte fristgerecht mehr als 50 alternative Vorschläge zu Straßenneubauvorhaben eingereicht, die rund 10 Milliarden Euro einsparen würden. Ergebnisoffen geprüft wurde kein einziger. Die Prüfung sämtlicher Alternativen muss unverzüglich nachgeholt werden. Nur dann können vernünftige Entscheidungen getroffen werden, die inhaltlich nachvollziehbar und rechtlich ausreichend begründet sind."

Bei umstrittenen Projekten sollte nach Auffassung des BUND z. B. verstärkt an „Runden Tischen“ nach Lösungen gesucht werden. Die Bahn hat es mit dem Dialogforum Schiene Nord vorgemacht, mit dem weitgehend einvernehmlich Alternativen zur Y-Trasse gefunden wurden. Der Inhalt der Beschwerde kann auf der Homepage des BUND Rotenburg eingesehen werden.  
<http://rotenburg.bund.net>